

Mit dem Motorboot über das Meer:

Ostseeflüchtlinge im Stasi-Visier

Eberswalde im DDR-Bezirk Frankfurt (Oder), 10. August 1986. Es ist 22.00 Uhr. Klaus Ebeling (Jg. 1942) steigt mit einem seiner Söhne in den Trabant. Auf dem Anhänger liegt ein DDR-Motorboot mit einem aus dem Westen in die DDR geschmuggelten Yamaha-Motor. Sein zweiter Sohn fährt auf einem Motorrad hinterher. Ihr Ziel ist die Ostseeküste bei Zingst. Von dort wollen sie über die Grenze zur dänischen Insel Falster fliehen. Im Kopf jagen sich die Gedanken. Familienvater Klaus Ebeling war Kraftfahrer mit Freude am Beruf. 1979 durfte er das erste Mal als Fernfahrer in den Westen. Von dort zurückgekehrt, empfand er die DDR als klein und trist. 1980 wurde es schwierig: Die Stasi wollte ihn als inoffiziellen Mitarbeiter anwerben. Er sollte Kollegen überwachen und Aufträge im Westen erledigen. Er lehnte ab, auch als man ihm Gefängnis androhte. Doch die Stasi gab nicht auf, ließ ihn zunächst weiter in den Westen fahren und versuchte immer wieder, ihn doch noch zu ködern. Er ahnte nicht, dass er bereits umfassend überwacht wurde, auch im Westen. 1983 wurde ihm ein Abstecher in Hamburg zu einem geflüchteten Bekannten zum Verhängnis. Zurück in seinem Betrieb in Eberswalde musste er sofort zum Betriebsleiter. Dort wartete ein Stasi-Mann auf ihn und stellte ihn wegen dieses Besuchs in Hamburg zur Rede. Seinen Pass musste er umgehend abgeben. Seine Fahrten in den Westen waren vorbei. Zunächst durfte er aber noch ins sozialistische Ausland. Doch auch seine Sympathie für die neue polnische Solidarność-Bewegung blieb nicht unbemerkt. Ab 1984 durfte er schließlich gar nicht mehr als Fahrer arbeiten und musste u. a. Hofarbeiten verrichten. Mit politischen Äußerungen hielt sich Klaus Ebeling fortan zurück. Doch im Verborgenen schmiedete er Fluchtpläne, beschaffte sich ein DDR-Boot und in Einzelteilen peu à peu einen Yamaha-Motor aus dem Westen. Im April 1986 durfte seine Frau überraschend zur Beerdigung ihres Vaters in den Westen reisen.



> Motorboot von Klaus Ebeling mit eingedrückter Windschutzscheibe. August 1986
BStU, MfS, BV Rostock, Abt. IX, Nr. 200, Bl. 26

Klaus Ebeling beschwor sie, dort zu bleiben, und versprach, mit den beiden Söhnen noch im August über die Ostsee zu fliehen. So machten sie sich in der Nacht vom 10. zum 11. August 1986 auf den Weg. Gegen 4.00 Uhr erreichten sie endlich Zingst und hatten Glück: Am Strandaufgang lag für Fischer eine Gummimatte, über die sie mit Trabi und Anhänger direkt ans Wasser gelangten.

Doch einer der Fischer, ein freiwilliger Helfer der Volkspolizei, bemerkte sie und versuchte, sie mit seinem Boot aufzuhalten. Sie konnten ausweichen und volle Fahrt Kurs auf Dänemark, Richtung Freiheit aufnehmen. Alarmiert durch den Fischer begann die Verfolgung durch die Volksmarine und die 6. Grenzbrigade »Küste« mit mehreren DDR-Militär-Schiffen, einem sowjetischen und einem Volksmarine-Hubschrauber. Weil das Motorboot schnell war, dauerte die Hatz vier Stunden. Zwei Seemeilen außerhalb der DDR-Territorialgewässer ging einer der Hubschrauber so weit in den Sinkflug, dass er die Windschutzscheibe des Bootes eindrückte und die Ebelings in die Mündung von Maschinengewehren schauten. Aus Angst um das Leben seiner Söhne gab Klaus Ebeling auf. Nach mehreren Monaten Stasi-U-Haft verurteilte man ihn zu zwei Jahren und acht Monaten Haft.



> Der Trabant von Klaus Ebeling am Strand. August 1986
BStU, MfS, BV Rostock, Abt. IX, Nr. 200, Bl. 23

Bereits seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs im Mai 1945 versuchten zahlreiche Menschen aus der SBZ und der DDR zu fliehen, oft scheiterten sie. Überall gab es diejenigen, die wegen der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse der stalinistischen Diktatur oder einfach wegen anderer Lebenspläne weg wollten. Diese massenhafte »Abstimmung mit den Füßen« war von Anfang an ein Kernproblem der SED. Allein in den zwölf Jahren zwischen der Gründung der DDR 1949 und dem Mauerbau 1961 flohen fast 2,7 Millionen Menschen. Unter weit gefährlicheren Bedingungen kamen von 1961 bis zum Mauerfall 1989 noch einmal fast eine halbe Million hinzu. Um diesen Exodus zu stoppen, ließ die SED ein beispielloses, nach innen, gegen die eigene Bevölkerung gewandtes Grenzsperrsystem errichten. Auch an der Ostseeküste versuchte sie, die Grenze unüberwindlich zu machen. Anders als in Berlin und an der Landgrenze zur Bundesrepublik konnte man die Ostseeküste mit ihren langen Buchten, Haffs und Stränden nicht einfach absperren.

Auch deshalb nicht, weil diese Region das größte Urlaubsgebiet für die »eingemauerte« Bevölkerung war. 59 Zeltplätze und 37 Bootshäfen lagen im sogenannten Grenzgebiet. Millionen Touristen aus der DDR und dem Ausland pilgerten jährlich zu Wasser, Strand und Sonnenschein.

Angesichts dieser besonderen Lage installierte der SED-Staat auf und an der Ostsee ein engmaschiges, bis tief ins Landesinnere gestaffeltes »vorbeugendes« System der Grenzüberwachung. Auf See patrouillierten zuletzt 34 Schiffe der 6. Grenzbrigade »Küste«, diverse Verbände der Volksmarine und manches zivile Boot wie z. B. Fischereikutter. Landseitig agierten im fünf Kilometer breiten Küstenstreifen vor allem die Volkspolizei und die Landkräfte der 6. Grenzbrigade »Küste«. Neben den permanenten Fuß- und Fahrzeug-Patrouillen sollten auch Beobachtungstürme eine lückenlose Überwachung sicherstellen. Hinzu kam eine Vielzahl freiwilliger ziviler Helfer nicht nur der Stasi, sondern gerade auch von Armee und Polizei.

Wegen des Stacheldrahts, der Bodenminen und der Selbstschussanlagen an der Berliner Mauer und der Westgrenze schien vielen Fluchtwilligen der Weg über das Meer vergleichsweise ungefährlich – ein oft tragischer Irrtum. Sie starteten waghalsige Unternehmungen mit falt-, Schlauch- und Segelbooten, Surfbrettern oder Luftmatratzen. Manche entwickelten sogar Mini-U-Boote und Aqua-Scooter oder schwammen gar ihrem Traum von Freiheit und selbstbestimmtem Leben entgegen.

5. Der Befehl Nr. 301/61 des Genossen Minister, in dem es u. a. heisst,

" Die politisch-operative Arbeit zur Vorbeugung oder Verhinderung von Republikfluchten auf allen Linien des MfS ist mit grösster Initiative und Verantwortlichkeit zu führen.

Die Leiter aller Diensteinheiten sind für ihre Aufgabenbereiche gemäß den bisherigen Befehlen und Anweisungen für die allseitige Erfassung und Bearbeitung der Republikfluchten voll verantwortlich, "

ist auch weiterhin Grundlage der operativen Arbeit zur Verstärkung der Abwehrtätigkeit gegen den Menschenhandel.

Die Kreisdienststellen und Abteilungen haben entsprechend dieses Befehls, unter Beachtung der neuen Lage, der Struktur des Kreises bzw. der Aufgabenstellung der Abteilungen, die operativen Maßnahmen festzulegen.

Die DDR-Kreise Grevesmühlen, Wismar, Bad Döberitz und Rostock galten wegen der Nähe zur Bundesrepublik bzw. zur dänischen Küste als besonders bevorzugte »Ablandegebiete«. Zudem bot der wachsende Massentourismus gute Möglichkeiten, unbemerkt ans Wasser zu gelangen. Der Kreis Grevesmühlen bildete dabei den absoluten Schwerpunkt für Fluchtversuche, da er sowohl land- als auch seeseitig unmittelbar an die Bundesrepublik grenzte.

Schon zwischen 1945 und 1960 versuchten vermutlich mehrere Tausend Menschen auf dem Seeweg aus der SBZ/DDR zu fliehen. Auch unmittelbar nach dem Mauerbau am 13. August 1961 gab es zahlreiche Fluchtwillige, die die letzten Schlupflöcher durch den »Eisernen Vorhang« nutzen wollten. Allein bis Ende September 1961 registrierte die Rostocker Stasi 89 Fluchtversuche über die Ostsee, davon 34 erfolgreiche. Aufschlussreich sind die von der Stasi in diesem Bericht beschriebenen Fluchtmotive. Zumeist waren es ganz einfache Gründe wie bei einem jungen Ost-Berliner, der sein Studium in West-Berlin fortsetzen wollte.

Nach bisherigem Kenntnisstand kamen allein zwischen Mauerbau und Mauerfall mehr als 5 600 Ostsee-Flüchtlinge hinzu. Nur rund 900 von ihnen, also nicht einmal ein Fünftel, erreichten ihr Ziel. Rund 180 Menschen bezahlten ihr Freiheitsstreben mit dem Leben. Nicht wenige sind bis heute verschollen. Die übrigen 4 500, also über 80 Prozent, wurden Opfer von SED, Stasi, Volkspolizei und DDR-Justiz und zu teils mehrjährigen Haftstrafen verurteilt.

Die Stasi begegnete diesen Fluchten durch einen verstärkten Einsatz eigener IM und einen stärkeren Einfluss auf die staatlichen »Grenzaktive« der Gemeinden, die auf kommunaler Ebene freiwillig beim Sichern der Grenze halfen. So baute z. B. die Stasi-Kreisdienststelle Rügen ihr Spitzel-Netz bis 1989 auf 468 Personen aus. Und ein hauptamtlicher IM hatte keine andere Aufgabe, als den ganzen Tag im Trabant, mit dem Fahrrad oder zu Fuß die Inseln nach Fluchtverdächtigen abzusuchen.

Eine wichtige Rolle im dramatischen Fluchtgeschehen spielten immer auch die Fährverbindungen der DDR von Saßnitz ins schwedische Trelleborg und von Rostock ins dänische Gedser. Die Stasi hatte sie deshalb besonders im Visier und bearbeitete sie seit Mitte der 1980er-Jahre unter den Tarnnamen »Feindobjekt König« bzw. »Feindobjekt Falster«. Immer wieder verunglückten Flüchtende: So geriet in Trelleborg ein Mann beim Sprung von der Fähre zwischen Schiffsrumpf und Kai-Kante. Andere sprangen über Bord und zogen sich schwere Knochenbrüche zu.

Um im Norden fluchtbereite Bürger und Bürgerinnen möglichst schon im Stadium der Vorbereitung zu erkennen und ihr Vorhaben zu vereiteln, kooperierte die Stasi eng mit zahlreichen staatlichen Organen und Institutionen, den sogenannten »Partnern des politisch-operativen Zusammenwirkens«. Dies waren vor allem SED, Volkspolizei, 6. Grenzbrigade »Küste«, Volksmarine, Zoll, Handels- und Fischereischiffe, Grenzaktive der Gemeinden, Justiz aber auch Zeltplatzverwalter, freiwillige Helfer von Stasi, Polizei und Militär sowie Mitarbeiter der Sparkasse oder der Staatlichen Versicherung. Neben dem gigantischen hauptamtlichen Apparat setzte die SED-Geheimpolizei rund ein Drittel ihrer inoffiziellen Mitarbeiter direkt oder indirekt zur »Verhinderung des ungesetzlichen Verlassens« bzw. »zur Sicherung der Staatsgrenze« ein, zuletzt also rund 60 000 Personen.

Laut Stasi-Chef Erich Mielke kam den IM auch bei der Jagd nach Fluchtbereiten eine zentrale Rolle zu. An der Ostseeküste besaßen vor allem IM in sogenannten Schlüsselpositionen große Bedeutung, so im Ferienwesen, unter dem Personal auf Bootsliche- und Zeltplätzen, unter Rettungsschwimmern oder in der Fischerei. Doch nicht nur solche Grenz-IM wurden Fluchtwilligen zum Verhängnis. Schon der Kauf von faltbooten konnte zur Meldung an die Staatssicherheit und Überprüfung führen. Zur frühzeitigen Erkennung von Fluchtabsichten hatten Volkspolizei und Stasi ab März 1984 sämtliche Käufe von Booten und Bootsteilen, das »auffällige Interesse« an Literatur oder an Einzelteilen für Aqua-Scooter, motorgetriebene Surfbretter, Luftkissenboote

und Tauchausrüstungen sowie das Erkunden von Küstenabschnitten und intensives Schwimmtraining zu registrieren und zu untersuchen. Auch auf diese Weise erstickten die DDR-Staatsorgane und insbesondere die Stasi viele Fluchtpläne schon im Keim.



Flüchtling mit Faltboot
in der MfS-Untersuchungs-
haftanstalt Rostock (nach-
gestellte Szene). 16.9.1987

Quelle: www.stasi-unterlagen-archiv.de/assets/bstu/de/Publikationen/SIDR_05_M-V_barrierefrei.pdf

*Impressum: Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des
Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik
Abteilung Bildung und Forschung 10106 Berlin
publikation@bstu.bund.de*